

Grüne Fraktion / 02. März 2010

## **Dringliche Interpellation Finanzplatz**

Vergangene Woche stellte der Bundesrat seine künftige Finanzplatzstrategie vor. Sie erweckte den Eindruck von Strategielosigkeit. Umso mehr sind es folgende Fragen, die auf eine Beantwortung drängen:

1. Der Bundesrat bringt den „UBS Vergleich“ mit den USA zur fakultativen Konsultation vors Parlament. Flankierende Massnahmen indessen sieht er nicht vor. Ist eine sofortige Anhandnahme der „too big to fail“ Problematik parallel dazu, vor allem eine Liquiditätsstrategie, um der de facto Staatsgarantie ein Ende zu setzen, und zu verhindern, dass ein allfälliger Konkurs in den USA über Vermögenswerte in der Schweiz finanziert werden muss, nicht unabdingbar nötig, weil sonst das Risiko statt behoben nur aufgeschoben wird? Auch der IWF kritisiert die Schweiz wegen mangelnden risk managements. Müsste nicht, solange die UBS faktisch auf Staatshilfe – politische Absegnung und Aushandlung des Vergleiches, Unterstützung durch die SNB – angewiesen ist, die Auszahlung von Bonis verboten und umgehend zusätzlich eine neue Grundlage zu deren Einschränkung und weitgehenden Ueberwindung ausgearbeitet werden?
2. Der Bundesrat will die Zukunft des Bankgeheimnisses über DBAs lösen. Wäre es nicht sinnvoller in einem Rahmengesetz offshore und onshore die Unterscheidung Steuerhinterziehung/Steuerbetrug aufzuheben und Drittstaaten gegenüber sofort nicht mehr anzuwenden? Muss eine künftige Regelung für alle Drittstaaten nicht dergestalt gleich ausgestaltet sein, dass nicht künftig Steuerflucht aus der Dritten Welt weiterhin begünstigt wird?
3. Ist das Liechtensteiner Modell, allerdings sofort installiert, nicht die heute einzige Möglichkeit der Alternative zum automatischen Datenausgleich gemäss EU? Begünstigt der Bundesrat mit seinem Vorgehen nicht letztlich letzteres?
4. Stempelsteuer: Trifft es weiterhin zu, dass mittelfrist deren Abschaffung und eines Teils der Verrechnungssteuer und insgesamt von deren Kompensation durch die Mehrwertsteuer vorgesehen ist, um die Banken auf Grund stärkerer neuer Regulierung (Eigenmittel-, Liquiditäts- und Einlegerschutzvorschriften) zu entlasten, wie dies in der Finanzmarktstrategie festgehalten ist? Zahlt mithin de facto die Bevölkerung die Zeche (Mehrwertsteuererhöhung, Leistungskürzungen)?
5. Ist es nicht dringend nötig, eine neue Bankensteuer, etwas nach dem Modell Obama, einzuführen, unter anderem auch als Bestandteil einer geeigneten Antwort auf die „too big to fail“ Problematik, aber auch um der Abzockerei entgegen zu wirken?